

Angola

“DAS LAND, DEM 1000 KRISEN BLÜHEN”

5 So betitelt die “Allgemeine Zeitung” in Windhoek, Namibia, einen Artikel über Angola, der weniger Bericht denn unverhohlene Drohung ist. Und das “Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt” vom 15.11.1981 benennt die “Krisensymptome”:

“Wie schmeckt Ihnen das Essen?“, wurde Robert F. Kennedy jr. gefragt, als er im Januar für ein paar Tage Luanda besuchte und im ‚Panorama‘ wohnte. ‚Oh bestens, ich habe schon fünf Kilo abgenommen‘, lachte er...

10 Vorrang an den Kais haben die Frachter aus der Sowjetunion, denn sie löschen auch heute noch (!) erhebliche Mengen Waffen. Deren Qualität ist allerdings derart, daß größere NATO-Staaten sie als Überschußmaterial kostenlos kleineren Verbündeten überlassen würden. Die Angolaner müssen sie mit Petro-Dollars aus dem Ölexport in die USA bezahlen. Der Verdacht drängt sich auf, daß die Waffenlieferungen für die Sowjetunion weniger ein Akt sozialistischer Solidarität als vielmehr
15 ein lukratives Geschäft sind.”

Angola zählt in der westlichen Öffentlichkeit zu denjenigen Ländern, deren Namen immer dann fallen, wenn die SU als Störenfried der friedlich-freiheitlichen Weltordnung angeprangert und imperialistischer Praktiken bezichtigt wird - ganz im Gegensatz zu den westlichen kapitalistischen Staaten, deren “Imperialismus” angeblich längst Geschichte ist.

20 Die von westlichen Kommentatoren aufgemachten Angola betreffenden Anklagepunkte beweisen allerdings das glatte Gegenteil: Sie speisen sich aus der Erfolgsgewißheit von Parteigängern einer Weltpolitik, die das Staatenmaterial ihrer “Dritten Welt” längst unter Bedingungen gesetzt hat, unter denen es für einen freien Souverän geradezu ungehörig ist, sich nicht als Partner des Westens nützlich machen zu wollen.

25 Der oben zitierte Länderkundler erherbt gegen die Russen den bezeichnenden Vorwurf, daß sie es - im Gegensatz zu ‚größeren NATO-Staaten‘ - wohl *nötig* haben müssen, aus der Ausstattung Angolas mit Militärgerät auch noch ökonomisch ein Geschäft zu machen - ”wir” dagegen leisten uns bekanntlich “unsere” Türkei und denken zu allerletzt ans Geschäft, wenn die USA den Saudis ein paar AWACS-Systeme aus schierer “demokratischer Solidarität” liefern. Zum andern taugen die
30 Russen-Waffen eh nichts: Es kommt eben teuer und lohnt sich nicht, die Marionette des *Feindes* zu sein. Und drittens erhält sich die MPLA-Regierung ja sowieso bloß darüber, daß sie von den auch realistisch sein und sich zu ihrer Existenz-Grundlage bekennen. So normale Sachen wie verhungernde Neger gibt es ja überall in Afrika und dort fallen sie meist unter “typisch afrikanisch”; aber daß sogar einem amerikanischen Polit-Touristen von der Größe eines Kennedy
35 in Luanda das gewohnte Menü vorenthalten bleibt, das zeigt schon einen Abgrund an “sozialistischer Mangelwirtschaft”! Und so zu: In Luanda ist eben die “Korruption”, an der sonst immer “unsere” afrikanischen Partner-Staaten kränken, zur Abwechslung mal ein typischer Ausfluß des “menschenfeindlichen Sowjetsystems”, die bescheidenen Rohstofflieferungen Angolas an die SU sind ein “ungerechter Tausch” und “ruinieren” das Land - so als ob die ge-
40 rechten, wenn auch immerzu fallenden Rohstoff-Preise, die der Westen seinen Zulieferern

zugesteht, ein Mittel des nationalen Aufbaus der betreffenden Staaten wären und nicht die Finanzierung lokaler Drittweltherrschaften, denen man erst unlängst in Cancun wieder einmal bedeutet hat, daß sie angesichts der "schwierigen Weltwirtschaftslage" kürzer treten müssen, d.h. daß sie beim Abspeisen ihrer für den Rohstoffabtransport überflüssig bis lästigen Bevölkerung auf immer weniger Hilfe rechnen können. Wie auch immer: Einer ernsthaften Überprüfung sollen diese "Argumente" zur Ausmalung der schlimmen Auswirkungen von östlichem "Einfluß" offenbar gar nicht standhalten, und mit einer Parteinahme für die gedeckelten angolanischen Volksmassen haben sie erst recht nichts zu tun. Sie kürzen sich ausnahmslos auf *das* Verbrechen zusammen, daß es in Angola überhaupt noch Russen und Kubaner *gibt*. Dieser Sachverhalt reicht so vollkommen aus als Begründung sämtlicher gegen Angola unternommenen westlichen Strafaktionen, daß der weltpolitische *Mißerfolg* der Russen inzwischen offen als Aufforderung gehandelt wird, sie vollends überall rauszuwerfen - schließlich sind sie ja sowieso nirgends richtig drin:

"Die Libyer sind erfolgreich aus dem Tschad hinausgeboxt worden", Aber wie steht es um die Russen, Kubaner und Ostdeutschen, die immer noch im westlichen Afrika operieren? Wie langfristig sind die verschanzt? Und können sie so reibungslos hinausgedrängt werden wie es anscheinend bei den Libyern gegangen ist? Um solche Fragen zu beantworten, ist es wichtig, festzuhalten, daß Afrika für die Russen und ihre Verbündeten - obwohl sie an Afrika interessiert sind - niemals eine vorrangige Zielscheibe ihrer Außenpolitik war... Der Rückblick auf die sechziger Jahre fügt einen weiteren Merkpunkt hinzu, nämlich den, daß der sowjetische Einfluß niemals so verheerend effektiv war, wie es heute gern suggeriert wird. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß der gesamte antikolonialistische Kampf kein einziges marxistisches Regime hervorgebracht hat... In der Tat gibt es keinerlei guten Grund, warum der Westen nicht die wenigen Löcher verstopfen sollte, durch die der sowjetische Einfluß immer noch kriechen kann." (International Herald Tribune, 3.12.81)

Eine amerikanische Domäne

"Die Geschäfte sind leer... was noch funktioniert, sind die Sektoren, in denen westliches Kapital und Management eingesetzt sind: Erdöl und Diamanten." (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 15.11.81)

"Russen und Kubaner raus aus Angola - so handfest diesem Standpunkt mit Hilfe einer neuerdings wieder offiziell geförderten "Befreiungsbewegung" sowie ständiger Überfälle der südafrikanischen Armee Geltung verschafft wird, so wenig hat diese Parole damit zu tun, daß die östliche Präsenz ein irgendwie geartetes *Hindernis* für die stinknormale ökonomische Benützung Angolas durch die imperialistischen Staaten wäre: Der Anteil der Ostgeschäfte im angolanischen Außenhandel beträgt 8% (!) und im übrigen hat die angolische Nachrichtenagentur kürzlich die schöne Erfolgsmeldung verbreitet, daß die "fallenden Weltmarktpreise für Angolas Hauptexportgüter" zwar die "ökonomischen Ziele" zunichte machten, daß aber immerhin die Amis mit dem Einsatz modernster Technologien *mehr* von dem verbilligten Öl locker machen:

"Ein amerikanischer Millionenkredit zwecks Steigerung der Fördermengen auf den Cabinda-Feldern wird die gegenwärtige Fördermenge verdoppeln." (ANGOP, 15.7.81)

Von wegen also, der Kreml habe die angolische Wirtschaft "an der Leine" (Spiegel) diese Behauptung verträgt sich jedenfalls wunderbar mit Meldungen des Typus, neuerdings versuchten dort Frankreich und BRD in eine amerikanische Domäne "einzubrechen"! Der Vergleich, den

jeder Dritte-Welt-Souverän im Interesse seiner Selbsterhaltung zwischen östlichem und westlichem Lager anstellt, ist also auch im Falle Angolas längst entschieden: An Geld, für das man sich auf dem Weltmarkt das Zeug kaufen kann, das Herrschaft sichert, den Staat konsolidiert und die Früchte der Macht süß macht, kommt man nur Fan, wenn man sich aufs Geschäft mit denen einläßt, die den Weltmarkt kontrollieren, weil sie auf ihm den Überschuß ihrer Nationalökonomien verhökern und mit den dafür eingekauften Rohstoffen ihrem Kapital die materiellen Voraussetzungen der Reichtumsproduktion zur Verfügung stellen. Dem Kalkül auch der angolanischen "Marxisten-Leninisten" von der MPLA liegt so ein praktischer Systemvergleich zugrunde, der auf ideologische Affinitäten keine Rücksicht nimmt: Auf der einen Seite florierende Staaten mit effektiv organisierter Ausbeutung, einer kapitalistischen Geschäftswelt, die aus "natürlichen Reichtümern" ein Mittel des Gewinns zu machen versteht und für die sich daher finanzielle Zuwendungen an die staatlichen Verwalter von Erdölquellen etc. lohnen. Auf der anderen Seite der Reale Sozialismus mit dem vorrangigen Ziel, sich zwecks Behauptung auf dem Erdball *befreundete Nationen* zu schaffen, was er sich ökonomisch notgedrungen einiges kosten lassen muß. Die chronisch defizitäre "Planwirtschaft" in den realsozialistischen Staaten, deren Problem sicherlich nicht zu wenig billige Rohstoffe sind, hat weder Überschüssiges anzubieten, was dem Vergleich mit westlichen Qualitätsprodukten standhalten kann, noch einen Bedarf an Rohstoffen, für die sie Weltmarktpreise zahlen kann "weil es sich *lohnt*, weshalb sie sie auch nicht zahlt, geschweige denn in konvertierbaren Devisen - es sei denn aus politischen Gründen, aber das hat dann auch seinen *politischen* Preis. Klar also, auf welche Seite die MPLA-Regierung für ihr *Staatseinkommen* setzt. Dies ungeachtet der Tatsache, daß sie nach der Unabhängigkeit Angolas im Zuge des Umsturzes in Portugal ein politisches Bündnis mit dem "sozialistischen Lager" einging, um mittels kubanischer Truppen den internen Machtkampf mit den rivalisierenden "Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA für sich zu entscheiden. Das westliche Mißtrauen gegen die "in Moskau geschulten" MPLA-Führer gab damals der RSA grünes Licht für eine militärische Intervention in Angola und nur das Eingreifen der Kubaner sorgte damals dafür, daß die MPLA nicht überhaupt ausgeschaltet wurde, sondern die alleinige Macht zumindest in der Hauptstadt übernahm. Damit war sie aber als "prosovjetiche Befreiungsbewegung" gestempelt und diese Einordnung in den Ost-West-Gegensatz ist sie nicht losgeworden, trotz aller Versuche, das Gegenteil praktisch unter Beweis zu stellen. Die Russen und Kubaner, die unterm Titel eines "proletarischen Internationalismus" in einen Machtkampf rivalisierender intellektueller *Nationalisten* eingriffen, deren Basis sich keineswegs einer in Angola gar nicht vorhandenen Arbeiter- oder Bourgeoischicht verdankt, sondern weitgehend identisch ist mit Stammeszugehörigkeit, identisch ist mit Stammeszugehörigkeit, sind weiterhin im Lande präsent. Mitnichten um den "Sieg des Sozialismus in Angola" zu befördern, sondern allein, um die MPLA-Regierung zu halten. Die militärische Unterstützung des Westens und der RSA für UNITA sorgt dafür, daß sie auch bleiben müssen, wenn sie sich einen "Freund" im südlichen Afrika halten wollen.

Ökonomisch heißt das für die MPLA-Regierung, daß das Geschäft, das der Westen, namentlich USA und RSA mit ihr machen, diesen keineswegs daran hindert, ihr politisch die Souveränität zu bestreiten. Andererseits muß sie es hinnehmen, daß die SU die *faux frais* der militärischen Unterstützung dadurch zu verringern sucht, daß sie angolanische Billigliefereien zu

Weltmarktpreisen weiterverkauft. Im Unterschied zu imperialistischen Geschäften mit der “Dritten Welt”, bei denen Lieferungen durchs Kapital in den Metropolen “veredelt” und deshalb gerechterweise gewinnbringend verkauft werden, haben so Transaktionen der SU immer den Ruch des Raubes und Handelsbetruges an sich. Darunter fällt dann auch das Fischereiabkommen der SU mit der VR Angola, das als “Leerfischen” angolanscher Hoheitsgewässer kommentiert wird, während es sich beim damaligen Kanonenbootkrieg zwischen Großbritannien und Island um die Verteidigung der Freiheit der Meere gehandelt haben soll.

Politisch hat die angolansiche Regierung daraus längst die Konsequenz gezogen, daß ihr die kubanischen Truppen, weil sie vom Westen mit der Schürung des Bürgerkriegs beantwortet werden, letztendlich viel zu teuer kommen, weshalb sie sich laufend in westlichen Hauptstädten darum bewirbt, ihre “Öffnung‘ zum Westen” komplettieren zu dürfen. Bloß leider hat der Westen die Anfrage der Angolaner, ob sie nicht vielleicht alternativ zu den Kubanern brasilianische Truppen gestellt bekommen können, abschlägig beschieden: So leicht kommt ihr uns nicht davon, wo ihr schon mal im feindlichen Lager steht!

Die Produktion von nützlichem Elend

Die USA haben im Zuge ihrer weltpolitischen Freund-Feind-Sortierung beschlossen, daß es erstens die Sowjetunion und zweitens die MPLA teuer zu stehen kommen soll, daß es sie überhaupt in Angola gibt. Irgend welche Rücksichten auf die angolansiche Bevölkerung kommen dabei selbstverständlich gar nicht erst in Betracht. Daß die Republik Südafrika zwecks Regelung der “Namibia-Frage” regelmäßige Überfälle auf dieses “SWAPO-Hinterland” unternimmt, und aus demselben Grund die oppositionelle UNITA mit dem notwendigen Gerät ausstaffiert, das hat es ja seit Jahren gegeben. Neu ist dagegen, daß die USA nicht mehr nur dulden, daß die RSA und ihre UNITA Krieg gegen Angola und die MPLA-Regierung führen, sondern daß die Reagan-Administration die *offizielle* Unterstützung der UNITA wieder aufgenommen hat und in der UNO jede Verurteilung der RSA blockiert. Damit ist dafür gesorgt, daß der bisherige 50%-Anteil der Militärausgaben in Angolas Staatsbudget eher noch steigt:

“In Zaire halten sich nach einem Bericht der portugiesischen Abendzeitung Diario de Lisboa rund 2.000 schwerbewaffnete von den USA unterstützte Rebellen zum Einsatz in Angola bereit... Die Guerilleros würden von ihren amerikanischen Beratern zunächst abgehalten, größere Aktionen in Angola zu starten... geheime Flugplätze unter direkter Aufsicht nordamerikanischer Soldaten und europäischer Söldner...” (Süddeutsche Zeitung Nr. 296, 1981)

Wenn in Angola oppositionelle Banden fast schon unangefochten den Großteil des Landes terrorisieren, so liegt die Bedrohung der MPLA-Regierung nicht einmal zuerst auf Militärischem Gebiet - da müßte schon noch schwereres Geschütz gegen die um die Hauptstadt eingegrabenen Kubaner aufgeföhren werden. Entscheidend ist zunächst einmal, daß das Hauptoperationsgebiet der UNITA mit Angolas landwirtschaftlichem Hauptanbaugebiet im Süden zusammenfällt, was wegen Zerstörung der Infrastruktur, Verminung der Felder etc. zu einem völligen Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung, also zur Produktion von in die Hauptstädte strömenden hungernden Flüchtlingsmassen geführt hat.

“Langzeitziel der SU,... den Süden in eine riesige Kornkammer zu verwandeln und dadurch von westlichen Weizenlieferungen unabhängiger zu werden.” (Das kann zum Glück nicht klappen, denn:) “Es gibt nur noch ein Hindernis: die UNITA.” (Spiegel, 28.9.81)

5 “Der UNITA-Bewegung ist es gelungen, Angolas wichtigste Verkehrsader, die 1.300 km
lange Benguela-Eisenbahn-Linie zu unterbrechen. Sie verbindet die Kupfer-Minen Zaires
und Sambias mit dem Hafen Lobito... Dies beraubt Angola nicht nur einer wichtigen
10 Einnahmequelle für Devisen, sondern unterbricht auch die Produktion und Verteilung von
Lebensmitteln - und dies in einem Land, in dem, wie Präsident dos Santos in einer seiner
letzten Reden zugab, immer noch Menschen Hungers sterben. In der portugiesischen
Kolonialzeit wurde der Weizen entlang des Benguela-Korridors angebaut, damit die Ernte
leicht eingefahren werden und in den an der Eisenbahnlinie gebauten Silos gelagert
werden kann... Das grundlegende Problem der angolanischen Wirtschaft besteht darin, daß
15 versucht wurde, ein starres marxistisch-leninistisches Bewirtschaftungssystem einer
afrikanischen Gesellschaft überzustülpen.” (Allgemeine Zeitung, Windhoek, 11.9.81)

15 Wahr ist dieser südafrikanisch inspirierte Zynismus tatsächlich darin, daß der Westen derzeit in
Angola ein Chaos inszeniert, weil er die östliche Präsenz als unzulässigerweise “übergestülpt”
definiert. Die westlichen Geschäftemacher braucht das gar nicht weiter zu stören, denn das
Hauptölfeld Gabinda liegt durch eine glückliche geographisch-historische Fügung als Enklave
20 zwischen der Republik Kongo und Zaire und hat eigene, von den Ölgesellschaften unterhaltene
Ordnungskräfte, so daß der Rohstoffabtransport und die fortschreitende Destabilisierung des
Ländes völlig reibungslos nebeneinander funktionieren können. Der Hunger der - Bevölkerung ist
zwar nie der Grund für einen erfolgreichen Aufstand gegen eine afrikanische Regierung - in
westlichen Partner. Staaten betreibt die Bevölkerung neben dem Rohstoffabtransport ihre
25 sogenannte “Subsistenzwirtschaft” und ansonsten gibt es eine Herrschaft, die für Ordnung auch
beim Verhungern sorgt. Aber genau *das* wird in Angola mittels der UNITA-Finanzierung nicht
zugelassen. So werden Flüchtlingsmassen tatsächlich zum umstürzlerischen Potential; und die
Amis schicken einstweilen Hungerhilfe ausgerechnet an die selbst produzierten Flüchtlinge.

Der Westen: kompromißlos

30 Die westliche Ideologie, bei der VR Angola handle es sich um einen jener Staaten, um die die SU
ihre “Hegemonie” erweitert habe, der sowjetische “Imperialismus” sei in Luanda gegen die Freie
Welt in Stellung gegangen, ist also eine interessierte Lüge. Zum einen stellt sie der MPLA zu dem
einzigsten Zweck, überhaupt weiter präsent bleiben zu können, einen Freibrief nach dem anderen in
Sachen Westöffnung aus: Dies die sowjetische Berücksichtigung des angolanischen
35 Nationalismus, der auf Deviseneinnahmen angewiesen ist, die ihm die Sowjetunion gerade nicht
verschaffen kann und will. Deshalb ermuntert die Sowjetunion die Angolaner geradezu zu
Feindkontakten und hat sogar gegen einen Abbruch der angolanischen Geschäftsbeziehungen zur
Republik Südafrika ihr Veto eingelegt - schließlich kostet Angola die Russen um so mehr, je mehr
sich die Angolaner nicht aus anderen Quellen ein Staatseinkommen verschaffen. Man vergleiche
40 die Toleranz, die die Großmacht SU hier an den Tag legt, mit der westlichen Hetze gegen einen
afrikanischen Staatsmann, der “Entwicklungshilfe” bezieht und trotzdem formell auf seiner
“Blockfreiheit” beharrt:

“Vom Westen verwöhnt: Präsident Nyerere und sein grüner Sozialismus... Daß Tansania fast vollständig auf ausländische Hilfe angewiesen ist, stört Nyerere keineswegs in seiner Aversion gegen sie... ein Kuriosum auf der politischen Weltbühne ... Speicher für die Hoffnungen und Ideale von Schreibern, die vor der 3. Welt knien.” (Die Welt, 3.10.81)

5 Zum anderen haben es die Angolaner noch zusätzlich auszubaden, daß sich die SU die Verrücktheit leistet, sich ausgerechnet dadurch weltpolitisch gegen die Amis behaupten zu wollen, daß sie sich als der oberste Anwalt und Hüter von hehren Grundsätzen des zwischenstaatlichen Verkehrs hervortut: Aus welchem anderen Grund werden denn die mit modernem Kriegsgerät
10 ausgestattet Kubaner bei südafrikanischen Invasionen regelmäßig von der SU zurückgepiffen als eben dem höchst diplomatischen, östliches Militär auf ausländischem Gebiet nicht dem Verdacht der “Einmischung” aussetzen zu wollen? Aus dem Bericht eines südafrikanischen
Generals:

15 “Zwar seien die Jagflugzeuge von angolischer Seite mit der wärmesuchenden SAM 7-Flugabwehr beschossen worden, die technisch ausgeklügelten SAM 3 und SAM 6-Systeme seien aber nicht angewendet worden.” (Allgemeine Zeitung, Windhoek, 15.9.81)

Die Russen sind also nicht einmal auf militärischem Gebiet eine Hilfe dafür, daß sich die MPLA aus der Zwickmühle befreien könnte, die ihr vom Westen aufgemacht wird: Wegen der UNITA kann sie die Kubaner nicht heimschicken; und der Westen verlangt den Rauswurf der Kubaner
20 zusammen damit, daß er die UNITA groß macht. Kein Wunder also, daß in den Reihen der MPLA derzeit ein heftiger Linienkampf tobt, was nach der Abwahl des halben Zentralkomitees und dem Auswechseln der kompletten Armeeführung zu ernststen Personalproblemen einer Bewegung
geführt hat, die ihre Kader aus jener Handvoll von Intellektuellen rekrutiert, die der portugiesische Kolonialismus in Lissabon hat studieren lassen. Die Logik dieses Linienkampfes hat ein
jugoslawischer Politiker kürzlich in einer “Warnung an die Blockfreien” exemplarisch vorgeführt:

25 “Die Länder, die von einer ‚natürlichen Allianz‘ mit dem Sowjetblock redeten, versuchten, die Bewegung der Nicht-Paktgebundenen in einen Konflikt mit dem Westen zu stürzen. Die Politik Präsident Reagans komme den Zielen dieser Länder unglücklicherweise noch
zunutze, weil sie in manchen Regionen die moskautreue Fraktion dazu reizten, einen Konflikt mit der ganzen Bewegung zu entfachen, sagte Minic.” (Süddeutsche Zeitung,
30 29.12.81)

Klar, wo die Amis laufend an unbotmäßigen Ländern Exempel statuieren und sich souverän
heraussuchen, welches Land sie gerade jetzt wieder für unbotmäßig erklären bzw. vom Osten
“befreien” wollen, da ist es am besten, man liefert bloß keinen Vorwand für einen “Konflikt mit
dem Westen”! Sonst hat man sehr schnell wie die MPLA keine Chance mehr. Denn das
35 Aggressivste auf der Welt besteht für den Westen darin, sich zur Wahrung seiner Souveränität
nach außen von Kubanern im Inneren an der Macht halten zu lassen. Weil die USA und ihre
verbündeten ständig den Abzug der Kubaner fordern, zugleich aber es der MPLA unmöglich
machen, auf sie zu verzichten, lautet die westliche Forderung schlicht und einfach: Die MPLA-
Regierung muß weg. Das nicht einmal sonderlich getarnt durch die Formel einer
40 Koalitionsregierung mit der UNITA, auf die man sich in Washington mit dem Dr. Savimbi
verständnis hat. Am besten wäre es demzufolge für Angola, die MPLA-Mannschaft suchte gleich
um politisches Asyl in den USA nach: Das wäre das einzige, worüber sich in Washington mit ihr
noch verhandeln ließe.

